BFH – Anhängige Verfahren

- ***AO § 129:***
  Elektronische Übermittlung, Steuererklärung, Änderung, Berichtigung, Auslegung, Einspruch

Bundesfinanzhof Az: IX R 17/22

1. Zur Frage der Änderung eines bestandskräftigen Steuerbescheids nach § 173 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO oder § 173a AO bzw. Berichtigung nach § 129 AO aufgrund eines vermeintlichen Tippfehlers / Befüllungsfehlers des Steuerpflichtigen bei einer weiteren, elektronisch ans Finanzamt übermittelten ESt-Erklärung.2. Auslegung der weiteren ELSTER-Übermittlung der ESt-Erklärung als Einspruch gegen den Erstbescheid?
Im konkreten Fall hat der Steuerpflichtige mit der nochmaligen ELSTER-Übermittlung der betreffenden ESt-Erklärung sämtliche Kennziffern unbeabsichtigt mit den Datensätzen des Vorjahres befüllt. Das Finanzamt nahm mit der nochmaligen ELSTER-Übermittlung eine berichtigte ESt-Erklärung an und führte eine schlichte Änderung nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a AO durch. Es kam zu einer Nachzahlung, die die Steuerpflichtigen auch beglichen. Ein Einspruch wurde nicht eingelegt.

- ***AO § 191:***
  Haftung, Geschäftsführer, Handelsregister, Ermessensentscheidung

Bundesfinanzhof Az: VII R 4/23

1. Kann ein rechtmäßig bestellter formeller Geschäftsführer nach Wegfall seiner Eignung i.S. des § 6 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GmbHG weiterhin als Person gemäß § 34 AO angesehen werden?
2. Inwieweit tritt ein Geschäftsführer bereits durch seine Eintragung im Handelsregister entsprechend § 35 AO nach außen hin auf?
3. Auf welchen Zeitpunkt kommt es bei der Beurteilung der Rechtmäßigkeit von Ermessensentscheidungen an, wenn die Behörde – trotz vom FG festgestellter ausreichender Sachverhaltsermittlung – keine Kenntnis vom tatsächlichen Sachverhalt hatte und haben konnte?

- ***AO § 240:***
  Säumniszuschlag, Verfassungswidrigkeit, Pfändung, Zwangsvollstreckung, Auskunft, Datenschutz

Bundesfinanzhof Az: IX R 33/21

Gelten die Regelungen des § 93 Abs. 8 AO auch für Auskunftsersuchen der Finanzbehörde für zu vollstreckende Säumniszuschläge und Zinsen, die bzgl. ihrer Verfassungsmäßigkeit in Frage stehen, sodass ein Kontenabruf gem. § 93b AO mangels vorherigen Ersuchens einer Vermögensauskunft unzulässig ist? Begründen Art. 77 und 78 DSGVO auch eine inhaltliche gerichtliche Kontrolle der Entscheidung der Aufsichtsbehörde?

- ***AO § 32i Abs 2:***
  Antrag, Vorverfahren, Datenschutzgrundverordnung, Finanzrechtsweg, Klageart

Bundesfinanzhof Az: IX R 20/22

Bedarf es einem außergerichtlich gestellten Antrag auf Auskunftserteilung nach Art. 15 DSGVO?
Welche Klageart findet bei Begehren im Zusammenhang mit einer Auskunftserteilung nach Art. 15 DSGVO im eröffneten Finanzrechtsweg eine Anwendung?

- ***AO § 39 Abs 2 Nr 1:***
  Investmentfonds, Zurechnung, Vermögensverwaltung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 18/22

Ist im Anwendungsbereich des InvStG a.F. der Rückgriff auf die Vorschrift des § 39 AO gesperrt, weil das InvStG a.F. die Besteuerung der Anleger von Investmentvermögen und die Zurechnung von Erträgen des Investmentvermögens spezialgesetzlich ausgestaltet hat? Besteht im InvStG a.F. ein Fremdverwaltungsgrundsatz, der nicht als eigenständiges Tatbestandsmerkmal festgeschrieben werden muss, da sich sein Erfordernis bereits aus der Grundsystematik des offenen Investmentfonds ergibt?

- ***AO § 85:***
  Datenschutz-Grundverordnung, Besteuerungsgrundsätze, Untersuchungsgrundsatz, Beweismittel, Auskunftspflichten, Vorlage von Urkunden, Mietverträge, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

Bundesfinanzhof Az: IX R 6/23

Anforderung u.a. von Mietverträgen durch das Finanzamt beim Vermieter (Steuerpflichtigen) im Rahmen der Bearbeitung seiner eingereichten ESt-Erklärungen zur Prüfung der erklärten Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung.

Erfahren die gesetzlich normierten Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen im steuerlichen Ermittlungsverfahren als Teil des Besteuerungsverfahrens durch die Datenschutz-Grundverordnung eine Einschränkung?

- ***AO § 97 Abs 1 S 1:***
  Datenschutzgrundverordnung, Mitwirkungspflicht

Bundesfinanzhof Az: IX R 32/21

Verstößt ein Vorlageersuchen der Finanzbehörde von Kontoauszügen bei Geldinstituten gemäß § 97 Abs. 1 S. 1 AO gegen Art. 6 Abs. 3 Buchst. b DSGVO?

- ***BGB § 313:***
  GmbH-Anteile, Veräußerungsgewinn, Eheleute, Gütertrennung, Zugewinngemeinschaft, Rückwirkendes Ereignis

Bundesfinanzhof Az: IX R 4/23

Zeitnahe Rückübertragung von GmbH-Anteilen zwischen Eheleuten, da diese zuvor im Rahmen einer Neuregelung der Vermögensverhältnisse (Gütertrennung statt Zugewinngemeinschaft) bei der Übertragung von einem nicht steuerbaren Vorgang ausgingen.
Ist in der erfolgten Vertragsanpassung ein rückwirkendes Ereignis aufgrund Wegfalls der Geschäftsgrundlage zu sehen, mit der Folge, dass der entstandene Veräußerungsgewinn entfällt?
Welche Anforderungen sind an das "angelegt sein im früheren Rechtsgeschäft" zu stellen?

- ***DSGVO Art 15:***
  Anspruch, Auskunft, Datenschutz-Grundverordnung

Bundesfinanzhof Az: IX R 25/22

In welchem Umfang erwächst aus der europäischen Datenschutz-Grundverordnung ein Auskunftsanspruch gegenüber den Finanzbehörden?

- ***DSGVO Art 15:***
  Datenschutzgrundverordnung, Auskunft, Betriebsprüfung

  Bundesfinanzhof Az: IX R 19/22

  Zur Frage der datenschutzrechtlichen Rechte eines als Auskunftsperson auftretenden Ehemanns im Besteuerungsverfahren seiner Ehefrau im Rahmen einer Betriebsprüfung in Bezug auf die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch das Prüfungsfinanzamt.

- ***DSGVO Art 15:***
  Datenschutzgrundverordnung, Auskunft, Anspruch

  Bundesfinanzhof Az: IX R 34/21

  In welchem Umfang erwächst aus der europäischen Datenschutz-Grundverordnung ein Auskunftsanspruch gegenüber den Finanzbehörden?

- ***DSGVO Art 15:***
  Datenschutzgrundverordnung, Auskunft, Anspruch

  Bundesfinanzhof Az: IX R 23/22

  In welchem Umfang erwächst aus der europäischen Datenschutz-Grundverordnung ein Auskunftsanspruch gegenüber den Finanzbehörden und inwieweit findet eine Beschränkung durch die Regelungen der Abgabenordnung statt?

- ***DSGVO Art 15:***
  Datenschutzgrundverordnung, Auskunft, Anspruch

  Bundesfinanzhof Az: IX R 24/22

  In welchem Umfang erwächst aus der europäischen Datenschutz-Grundverordnung ein Auskunftsanspruch gegenüber den Finanzbehörden und inwieweit findet eine Beschränkung durch die Regelungen der Abgabenordnung statt?

- ***DSGVO Art 17:***
  Datenschutz, Schweiz

  Bundesfinanzhof Az: IX R 36/21

  Rechtfertigt der Zweck einer gleichmäßigen und gerechten Steuererhebung den generellen Informationsaustausch über die Vermögensstände von Inländern auf in der Schweiz geführten Konten?

- ***EnergieStV § 105a:***
  Energiesteuer, Entlastung, Treu und Glauben, Festsetzungsfrist

Bundesfinanzhof Az: VII R 39/22

Konnte eine Entlastung nach § 105a EnergieStV für an NATO-Truppen gelieferte Erdgasmengen geltend gemacht werden, indem diese Mengen lediglich in der Steueranmeldung von den zu versteuernden Erdgasmengen abgezogen wurden?

- ***EStG § 11 Abs 1 S 3:***
  Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Ausgleichsmaßnahmen, Windkraft, Zurverfügungstellung, Grundstücke, Nutzungsentschädigung

Bundesfinanzhof Az: IX R 18/22

Sind erhaltene Nutzungsentschädigungen für die Überlassung von Grundstücksflächen zur Verwendung der Flächen für naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen, die den Nutzungsberechtigten befähigen, dass ihm dafür sogenannte Ökopunkte durch die Untere Naturschutzbehörde gewährt werden (siehe dazu die Ökokonto- und Kompensationsverzeichnisverordnung vom 28.03.2017 - GVOBl 2017, 223 des Landes Schleswig-Holstein), bei Zufluss sofort zu versteuern oder kann der Steuerpflichtige sie im Streitfall auf eine Laufzeit von 20 Jahren (abgeleitet aus dem Förderzeitraum des Erneuerbare-Energien-Gesetzes -EEG-) gemäß § 11 Abs. 1 Satz 3 EStG verteilen, wenn die vertragliche Grundlage auf unbestimmte Zeit geschlossen wurde und frühestens nach Ablauf von 30 Jahren ordentlich gekündigt werden kann?

- ***EStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 2 S 1:***
  Mitunternehmer, Mitunternehmerrisiko, Mitunternehmerinitiative, Nießbrauch, Zurechnung

Bundesfinanzhof Az: IV R 36/22

Ist der alleinige Kommanditist (ggf. im Rahmen eines verdeckten Gesellschaftsverhältnisses) Mitunternehmer der KG geblieben, nachdem er seinen Kommanditanteil unter der Auflage der Bestellung eines Ertragsnießbrauchs zugunsten einer von ihm beherrschten anderen Personengesellschaft unentgeltlich auf seine Söhne übertragen hat? Ist ihm daher der Nießbrauchsbetrag im Rahmen der Einkünftefeststellung der KG als Gewinnanteil zuzurechnen?

- ***EStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 2 S 1:***
  Mitunternehmer, Mitunternehmerrisiko, Mitunternehmerinitiative, Nießbrauch, Zurechnung, Nachträgliche Betriebseinnahme

Bundesfinanzhof Az: IV R 37/22

Ist der alleinige Kommanditist (ggf. im Rahmen eines verdeckten Gesellschaftsverhältnisses) Mitunternehmer der KG geblieben, nachdem er seinen Kommanditanteil unter der Auflage der Bestellung eines Ertragsnießbrauchs zugunsten einer von ihm beherrschten anderen Personengesellschaft unentgeltlich auf seine Söhne übertragen hat? Ist ihm daher der Nießbrauchsbetrag im Rahmen der Einkünftefeststellung der KG als Gewinnanteil zuzurechnen, oder handelt es sich um nachträgliche Betriebseinnahmen, die nicht in die Gewinnfeststellung der KG eingehen?

- ***EStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 2:***
  Termingeschäft, Fremdwährungsdarlehen, Verlustausgleich, Sicherung

Bundesfinanzhof Az: IV R 5/23

Handelt es sich bei Verlusten aus einem zur Zinsabsicherung eines variabel verzinslichen betrieblichen Fremdwährungsdarlehens (hier in Schweizer Franken) erst ein Jahr nach dem Darlehensvertrag abgeschlossenen Zins-Währungsswap um nach § 15 Abs. 4 Satz 3 EStG nicht ausgleichsfähige Verluste aus Termingeschäften?

- ***EStG § 17 Abs 4:***
  Auflösungsverlust, Nachträgliche Anschaffungskosten, Bürgschaft, Teileinkünfteverfahren

Bundesfinanzhof Az: IX R 3/23

Begehren auf Berücksichtung von nachträglichen Anschaffungskosten im Insolvenzfall bei § 17 EStG:Bürgschaftsbegebungen vor der Krise einer Gesellschaft deren Berücksichtigung durch Einlösung im späteren Kriseneintritt erfolgte unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung vor der Aufhebung des Eigenkapitalersatzrechts durch das MoMiG (Senatsurteil vom 11.07.2017 - IX R 36/15, BFHE 258, 427, BStBl II 2019, 208). Zulassung der Revision durch den BFH aufgrund Nichtberücksichtigung des Teileinkünfteverfahrens (§§ 3c, 3 Nr. 40 Satz 1 Buchst. c EStG) als offensichtlicher Rechtsanwendungsfehler des FG.

- ***EStG § 19:***
  Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Außerordentliche Einkünfte, Hauptleistung,

Nebenleistung, Ratierlichkeit, Zusammenballung, Tarifermäßigung, Verdienstausfallschaden, Modifizierte Nettolohnmethode

Bundesfinanzhof Az: IX R 5/23

Zur Frage des steuerlichen Umgangs mit der Ersetzung eines Verdienstausfallschadens nach der sogenannten modifizierten Nettolohnmethode, wo das Versicherungsunternehmen nach durchgeführter Besteuerung wiederum die Steuerlast des Steuerpflichtigen zu erstatten hat.

- ***EStG § 20 Abs 1 Nr 7:***
  Darlehensvertrag, Widerruf, Zinsen, Rückabwicklung, Vergleich

Bundesfinanzhof Az: VIII R 20/22

Handelt es sich bei Zahlungen einer Bank aufgrund eines Vergleichs zur Abgeltung der gegenseitigen Ansprüche aus dem Widerruf von Darlehensverträgen um steuerpflichtige Kapitalerträge? Handelt es sich bei der Rückabwicklung eines Darlehensvertrags mit wechselseitigen Ansprüchen um ein als steuerliche Einheit zu betrachtendes Rückabwicklungsverhältnis?

- ***EStG § 3 Nr 11:***
  Betreuung, Steuerbefreiung, Jugendhilfe, Erziehungsbeihilfe, Selbständige Arbeit

Bundesfinanzhof Az: VIII R 19/22

Sind Zahlungen des Jugendamts auf der Grundlage von § 27 i.V.m. § 35a SGB VIII für die Vollzeitbetreuung von Kindern im Haus des Steuerpflichtigen, der eine sog. Erziehungsfachstelle betreibt, als steuerpflichtiges Entgelt oder steuerfreie Beihilfe i.S. des § 3 Nr. 11 EStG zu behandeln? Handelt es sich bei diesen Zahlungen um solche im Rahmen einer Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII oder einer sonstigen betreuten Wohnform nach § 34 SGB VIII?

- ***EStG § 35 Abs 2 S 2:***
  Personengesellschaft, Gewerbesteuermessbetrag, Gewinnverteilung, Anteil, Stichtag, Abweichendes Wirtschaftsjahr

Bundesfinanzhof Az: IV R 21/22

Gewerbesteuer-Anrechnung bei Personengesellschaft mit abweichendem Wirtschaftsjahr: Ist zur Bestimmung des für den Anteil des Mitunternehmers am Gewerbesteuer-Messbetrag maßgeblichen allgemeinen Gewinnverteilungsschlüssels auf das Ende des Erhebungszeitraums oder aber auf das Ende des vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahrs der Mitunternehmerschaft abzustellen?

- ***EStG § 4f Abs 1 S 1:***
  Pensionsverpflichtung, Betriebsausgabe, Beitritt, Entgelt, Stichtag, Konzern

Bundesfinanzhof Az: IV R 27/22

Ist der Betriebsausgabenabzug für die streitgegenständliche Entgelterhöhung für den Schuldbeitritt der Pensionsgesellschaft der Unternehmensgruppe zu Pensionsverpflichtungen mangels einer zivilrechtlich wirksamen, klaren, eindeutigen und im Voraus getroffenen Vereinbarung zu versagen?Findet § 4f EStG entgegen Rz 16 des BMF-Schreibens vom 30.11.2017 - IV C 6-S 2133/14/10001 (BStBl I 2017, 1619) nur auf Schuldübernahmen und Schuldbeitritte Anwendung, die in Wirtschaftsjahren vereinbart worden sind, welche nach dem 28.11.2013 enden?

- ***EStG § 4h Abs 3 S 1:***
  Mitunternehmerschaft, Zinsschranke, Teileinkünfteverfahren, Dividende, Veräußerungsgewinn

Bundesfinanzhof Az: IV R 30/22

Sind bei einer Mitunternehmerschaft, an der nur Körperschaften beteiligt sind, im Rahmen der Ermittlung des sog. maßgeblichen Gewinns nach § 4h Abs. 3 Satz 1 EStG erzielte Beteiligungserträge und Veräußerungsgewinne in voller Höhe oder lediglich in Höhe des nicht gemäß § 8b Abs. 1 und Abs. 2 KStG freigestellten Anteils zu berücksichtigen?

- ***EStG § 4h Abs 3 S 2:***
  Zinsschranke, Gebühr, Vermittlung, Verwaltung

Bundesfinanzhof Az: XI R 45/19

"Arrangement Fee" und "Agency and Security Agency Fee" als Zinsaufwendungen i.S. von § 4h Abs. 3 Satz 2 EStG?1. Gehört eine "Arrangement Fee", die als einmalige Gebühr für die Vermittlungstätigkeiten des Konsortialführers eines Bankenkonsortiums bis zum Abschluss des Kreditvertrags entrichtet wird, nicht zu den Zinsaufwendungen i.S. von § 4h Abs. 3 Satz 2 EStG?2. Gehört eine "Agency and Security Agency Fee", die als jährliche Verwaltungsgebühr an den Konsortialführer eines Bankenkonsortiums für dessen Funktion als Mittler zwischen dem Kreditnehmer und dem Bankenkonsortium sowie die durch ihn wahrgenommene Strukturierung, Organisation und Verwaltung der Kreditsicherheiten entrichtet wird, zu den Zinsaufwendungen i.S. von § 4h Abs. 3 Satz 2 EStG?

- ***EStG § 52 Abs 10 S 4:***
  Beteiligung, echte Rückwirkung, Gewinnermittlung, Handelsschiff, Mitunternehmer, Personengesellschaft, Rechtsnachfolger, Rückwirkung, Schifffahrtsgesellschaft, Stichtag, Tonnagebesteuerung, Unterschiedsbetrag, Verfassung, Verwaltungspraxis

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvL 5/23

Vorlage an das BVerfG zur Verfassungswidrigkeit der Rückwirkung von Neuregelungen zum Unterschiedsbetrag bei der Tonnagesteuer
--Normenkontrollverfahren--

- ***EStG § 62 Abs 1 Nr 1:***
  Kindergeld, Behinderung, Selbstunterhalt, Krankenhaus

Bundesfinanzhof Az: III R 42/22

Kann ein behindertes Kind, das aufgrund einer Behinderung rechtswidrige Taten ohne Schuld begangen hat und wegen dieser zunächst einstweilen und im Anschluss aufgrund eines Gerichtsurteils in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht ist, wegen der Behinderung außerstande sein, sich selbst zu unterhalten?

- ***EStG § 6a Abs 1 Nr 3:***
  Pensionszusage, Verdeckte Gewinnausschüttung, Entgeltumwandlung

Bundesfinanzhof Az: I R 50/22

Pensionszusage - verdeckte GewinnausschüttungEntfällt die Indizwirkung einer fehlenden Erprobung der Qualifikation und Leistungsfähigkeit des Gesellschafter-Geschäftsführers oder einer Pensionszusage unmittelbar nach Gründung der Kapitalgesellschaft, wenn eine Pensionszusage durch Entgeltumwandlung finanziert wird?

- ***HGB § 249:***
  Rückstellung, Leasing, Verzinsung

Bundesfinanzhof Az: XI R 11/22

Bildung von Rückstellungen für Hauptuntersuchungen und sog. Revisionen von durch die Klägerin als Leasingfahrzeuge genutzten Zugtriebwagen?Liegt hinsichtlich der Verzinsung von Umsatzsteuer gemäß § 233a AO ein rückwirkendes Ereignis im Sinne des § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO vor?

- ***KStG § 27 Abs 1 S 1:***
  Einlagekonto, Wirtschaftliche Neugründung

Bundesfinanzhof Az: I R 52/22

Erhöht die Zahlung eines Aktionärs an eine AG im Rahmen einer wirtschaftlichen Neugründung das steuerliche Einlagekonto?

- ***KStG § 38:***
  Körperschaftsteuererhöhung, Verfassungswidrigkeit, Gleichheitsgrundsatz, Rückwirkung, Beihilfe

Bundesfinanzhof Az: I R 14/23

1. Verstößt § 38 Abs. 4 bis 10 (i.V.m. § 34 Abs. 16) KStG 2002 i.d.F. des JStG 2008 gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz oder das Rückwirkungsverbot? Verstößt die Vorschrift darüber hinaus gegen das unionsrechtliche Beihilfeverbot?2. Mit Beschluss vom 07.12.2022 - 2 BvR 988/16 hat das BVerfG aufgrund der Verfassungsbeschwerde das BFH-Urteil vom 28.10.2015 - I R 65/13 aufgehoben und die Sache an den BFH zurückverwiesen. Der Rechtsstreit wird nun unter dem neuen Az. I R 14/23 geführt.

- ***UStG § 24 Abs 1 S 1 Nr 3:***
  Durchschnittsbesteuerung, Forstwirtschaft, Behördliche Auflage, Einheitliche Leistung

Bundesfinanzhof Az: V R 18/22

Unterliegen Aufforstungsleistungen eines Land- und Forstwirts auf eigenen und verpachteten Grundstücken bei Gestattung der Angabe dieser Flächen als Ersatzaufforstungsflächen im Rahmen von den Auftraggebern von Behörden auferlegten Pflichten zur Ersatzaufforstung der Durchschnittssatzbesteuerung nach § 24 UStG oder dem Regelsteuersatz?

- ***UStG § 25b:***
  Innergemeinschaftliches Dreiecksgeschäft, Rechnungsberichtigung, Lieferungszeitpunkt

Bundesfinanzhof Az: XI R 34/22

Nach Ergehen des EuGH-Urteils Luxury Trust Automobils vom 08.12.2022 - C-247/21: Stellt eine ordnungsgemäße Rechnung mit Hinweis auf das innergemeinschaftliche Dreiecksgeschäft und auf die Umkehr der Steuerschuldnerschaft lediglich eine formelle Voraussetzung für das Vorliegen eines innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäfts gemäß § 25b Abs. 1 i. V. m. Abs. 2 UStG dar?Kommt der nachträglichen Berichtigung einer unvollständigen Rechnung eine auf den Zeitpunkt der Lieferung rückwirkende Heilung

zu?Das Verfahren XI R 38/19 ruhte durch Beschluss vom 20.10.2021 bis zum Beschluss des EuGH in dem Verfahren C-247/21. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

- ***ZK Art 29:***
  Zollwert, Verbundene Unternehmen, Transaktionswert, Berichtigung

Bundesfinanzhof Az: VII R 36/22

Können Nachbelastungen von unterjährig angemeldeten Verrechnungspreisen den Zollwert nach Art. 31 ZK (Art. 70 UZK) bilden?Können pauschale Nachbelastungen im Rahmen der Verbundenheit (amerikanische Konzernobergesellschaft) eine Preisbeeinflussung und damit einen nachträglichen Ausschlussgrund für die Transaktionswertmethode (für Einfuhren von 2014-2017) darstellen?